

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Severgasse Nr. 2) und auswärts bei allen Königlichen Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Interne nebst an: in Berlin: A. Reteneyer, in Leipzig: Pützen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Hasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchdruck.

Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allernähest gerathet: Den bisher Rathsberren Tiemann zu Hamm als Bürgermeister der Stadt Hamm, so wie den Regierungs-Referendar Rehm aus Coblenz und den Landgerichts-Referendar Wenders in Düsseldorf als besoldete Beigeordnete der Stadt Düsseldorf für eine zwölfjährige Amtszeit; und den Handelsgerichts-Präsidenten und bisherigen Stadtverordneten Peter Küchen zu Trier als unbefohlene Beigeordneten der Stadt Trier für eine 6jährige Amtszeit zu bestätigen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 8½ Uhr Vormittags.

London, 27. Mai. In der gestrigen Unterhausitzung erwiederte Lord Palmerston auf eine Interpellation Waldb's: Die Correspondenz mit Amerika, betreffend die südstaatlichen Kreuzer, dauere fort; eine neue Deputation sei fürzlich eingelaufen; die Correspondenz sei beiderseitig freundlich. — Baxter erhielt auf seine Interpellation von Lord Palmerston die Antwort, daß ein Zusammenwirken Englands und Amerikas gegen den Sklavenhandel, das durch den Bürgerkrieg gehindert worden sei, hoffentlich ehestens eintreten werde.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung. Dresden, 25. Mai. Gestern Abend 10½ Uhr verkündete Kanonenbonner, daß die Prinzessin Georg von Sachsen von einem Prinzen glücklich entbunden worden ist.

Kopenhagen, 26. Mai. Der König ist mit dem Kronprinzen über Korsör nach dem Welt abgereist, um das morgen eintreffende russische Trauergeschwader zu erwarten. Der Kronprinz wird mit dem Geschwader nach Petersburg gehen.

Paris, 26. Mai. Wie die "Patrie" meldet, hat die Königin von Spanien den Kaiser eingeladen, Madrid zu besuchen; der Kaiser hat ablehnend geantwortet, weil sein Aufenthalt in Algerien bereits die Grenzen des Reiseprogramms überschreite.

Wien, 26. Mai. Eine Kaiserliche Ordre hebt sämmtliche Militair-Standgerichte für Ungarn vom 1. Juni ab auf. Die Reise des Kaisers nach Pesth ist nunmehr definitiv beendet.

Brüssel, 26. Mai. Der zwischen Belgien und dem Bollverein abgeschlossene Handelsvertrag ist heute der Repräsentantenkammer durch den Minister des Auswärtigen, Rogier, überreicht worden.

London, 26. Mai. Aus Peking vom 15. April wird gemeldet, daß die zeitweilige Entherrnung des Prinzen Kong von den Regierungsgeschäften, wegen Beschränktheit und Verlegung der Ehrfurth gegen den Kaiser, mit den Verhältnissen der auswärtigen Politik in keiner Verbindung stehe.

Nach Berichten aus Yokohama vom 13. April hatte sich der Taifun bereit erklärt, den alliierten Flüchten die bei der Eröffnung der Meere von Simonofaki stipulierte Entschädigungssumme zu zahlen.

Wien, 26. Mai. Im heutigen Privatverlehr war nur mögliches Geschäft: Staatsbank starr, Creditactien sehr fest. Creditactien 184,50, Nordbahn 182,80, 1860er Loos 93,15, 1864er Loos 87,80, Staatsbank 185,90, Galizier 212,90.

Paris, 26. Mai. Nach dem heutigen Privatverlehr war nur mögliches Geschäft: Staatsbank starr, Creditactien sehr fest. Creditactien 184,50, Nordbahn 182,80, 1860er Loos 93,15, 1864er Loos 87,80, Staatsbank 185,90, Galizier 212,90.

Wien, 26. Mai. Nach dem heutigen Bankausweise haben sich vermehrt: der Baarvorrahd um 20, die laufenden Redmungen der Privaten um 5 Millionen Franken; dagegen haben sich vermindert: das Portefeuille um 1½, der Notenumlauf um 4½, das Guthaben des Schatzes um ½ Millionen Franken; die Börschüsse auf Wertpapiere sind unverändert geblieben.

Landtagsverhandlungen.

(Oldenb. C.) 57. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 26. Mai.

Erster Gegenstand der L.-D. ist die Interpellation des Abg. v. Bunsen und Gen. in Betreff eines Handelsvertrags mit Italien. Abg. v. Bunsen setzt die Nothwendigkeit eines Handelsvertrags auseinander. Die Bollvereins-Industrie habe in Italien sich mit großer Mühe einen guten Boden gewonnen, derselbe werde durch die andern Nationen, die günstige Verträge mit Italien abgeschlossen, vollständig entzogen. Die deutschen Industriellen würden bereits unzufrieden und bestürmt die Abg. mit Fragen, weshalb ein Handelsvertrag mit Italien nicht zu Stande läge. Kann man ihnen mit ernsthafter Miene antworten, daß Preußen nicht könne, weil die meisten deutschen Fürsten das Königreich Italien nicht anerkennen? Soll man dem Iselohner Fabrikanten raten, seine Reisenden aus Italien zurück zu rufen, weil Preußen in Sachen der Legitimität doch unmöglich seien Mitfürsten auf den Fuß treten können? Die meiste sehr gebildeten italienischen Fabrikanten finden es unglaublich, daß ihr geliebter Dante-Ueberseher kein Verständniß für die Formel italienischer Macht und Größe an den Tag lege, welche Dante, lebte er noch, als die beste begründet würde. Soll man ihnen sagen: Behalte Euer Fabrikat dieses der Alpen, denn Euer König kennt den Bruder seines Schwiegersonnes, seit er aufgehört hat, König von Piemont zu sein, nicht mehr? M. S., ein großes Culturwerk hat sich rasch über ganz West-Europa ausgedehnt. Preußen, obwohl nicht dessen Begründer, hat mit Eifer seine Stellung darin eingenommen, so daß der handelspolitische Staatenbund, den man, als in den Vorberichtigungen zu einem Bollverein begriffen, von der Nordspitze Norwegens bis zur Südspitze Siciliens bezeichnen kann, uns vertrauensvoll den Schwengel in die Hand gedrückt hat, um damit an die östlichen Thüren zu klepfen. Das dieses im Süden wenigstens mit mäßiger Erfolge geschehen ist, haben wir durch Annahme des österreichischen Vertrages, obwohl mit Widerstreben, anerkannt. An dem östlichen Thore, nach Russland, klopft Preußen, wie uns der Handelsminister gesagt hat, eben, und hoffentlich mit Erfolg. Und nun sollen wir uns innerhalb des schon eröffneten Gebietes ein schönes Thor, das Alpenbor, schließen lassen? Der Besitz eines Handelsvertrags mit Italien wird, von Anderen abgesehen, auch den Vorteil haben, daß wir dann auf die Wahl des Eisenbahn-Ueberganges über die Alpen von Italien nach

Deutschland einen entscheidenden Einfluß üben können. Wenn das kleine Piemont in den Jahren vor 1859 eine Subvention à fonds perdu von 20 Millionen Francs derjenigen Gesellschaft bot, die den Vulmanier überspannen werde, sollte der große Bollverein nicht eine Vulmanier- oder St. Gotthardsbahn mit einer erheblichen Summe unterstützen wollen, mit und selbst ohne Bollvereinsparlament? Man fragt sich, ob es Zwangsmittel gegen die italienische Regierung gebe, wenn Italien keine Lust bezeige, die großen Vergünstigungen an alle auch nicht handeltreibenden Unterthanen derjenigen Staaten abzugeben (Art. 1 der meisten modernen Handelsverträge gewähren solche), die seine politische Existenz leugnen, für die es noch immer ein geographischer Begriff ist. Italien wird, als ziemlich stark bei der Einfuhr nach dem Bollverein betheilt (Baumwolle, Schafe, Wolle, Rohseide u. s. w.) durch sein eigenes Interesse genötigt werden. Auch wird die vorläufige Regierung so lange nicht mit dem außerösterreichischen Deutschland schmollen wollen, als Österreich es verabsäumt, Venetien umzutauhen gegen Frieden im Innern, geordnete Verhältnisse und gesicherte Verträge. Gegen renitente Vertrags-Negierungen haben wir so gut wie jedes Zwangsmittel durch die Bollvereinsverträge aus den Händen gegeben; nur, wenn die Bevölkerungen, die Landtage von Sachsen, Bayern, Württemberg u. s. w. aus ihrer Apathie sich aufrütteln, kann dort ein Erfolg erwartet werden. Ich meine, Preußen sollte den Grundsatz aussstellen, selbst für sich allein zu verhandeln. Dem steht vornehmlich nur § 38 der uns eben zur verfassungsmäßigen Zustimmung zugehenden Bollvereinsverträge entgegen; kann man aber diesen jetzt, in der ersten Stunde, um des Artikels wegen vereiteln? Redner will politische Sympathien in diese Frage nicht hineinmischen, kann aber die Überzeugung nicht verschweigen, daß Deutschland mit Italien, wie seit Jahrhunderten, wie in Kunst und Wissenschaft, so auch fernerhin in Handel und Wandel und in allen höheren Fragen der staatlichen Existenz Hand in Hand zu geben entschlossen sei. (Beifall.)

Minister-Präsident v. Bismarck: Es schwelen keine Verhandlungen zwischen dem Bollverein und Italien, wohl aber schwelen Verhandlungen, einerseits zwischen Preußen und Italien, andererseits zwischen Preußen und den Bollvereinsregierungen, die die Herstellung eines Handelsvertrages mit Italien zum Gegenstand haben. Die preuß. Regierung hat diese Verhandlungen angeklüpft, um, so viel an ihr liegt, dazu beizutragen, daß der in der That übeln Lage der handelspolitischen Verhältnisse zwischen Preußen und Italien ein Ende gemacht wird. Die Hindernisse, die der Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien in Deutschland stade, sind bekannt. Die Mehrzahl der Bollvereinsregierungen hat das Königreich Italien bisher nicht anerkannt, letzteres ist also nicht in der Lage, Verträge mit ihnen abzuschließen. Es fragt sich nun, ob diese Schwierigkeiten sich umgehen ließen auf demselben Wege, der vor 2 Jahren bei den Verhandlungen mit Belgien betreten wurde, in der Weise, daß Italien mit Preußen allein ein Abkommen schlässe, welches auch für diejenigen, die sich an einem Anschluß nicht direkt betheiligen, die gewünschten Vorteile zusagt. Die Verhandlungen in diesem Sinne haben konstatiert, daß die Regierung des Königs Victor Emanuel zwar gern und sofort bereit ist, einen Handelsvertrag mit dem Bollverein auf der Basis der am meisten begünstigten Nationen unter Gegenseitigkeit abzuschließen, daß sie aber glaubt, aus Rücksicht auf ihre Würde und die politischen Interessen Italiens, Verhandlungen ihre Zustimmung versagen zu müssen, in welchem für Verträge zwischen dem Bollverein und Italien andere und weniger volle Formen angewendet würden, als diejenigen, welche für die Verträge des Bollvereins mit Frankreich und Österreich maßgebend waren; mit andern Worten, sie verlangt einen vollständigen Handelsvertrag, im Namen des Bollvereins abgeschlossen, und die Bedingung dazu würde sein die Anerkennung des Königreichs Italiens seitens sämmtlicher Bollvereinsregierungen. Wir haben von dieser Sachlage untere Bollverein verbündeten in Kenntniß gelest und verhandeln gegenwärtig mit ihnen. Von diesen Verhandlungen wird es abhängen, ob und wie bald die italienisch-deutschen Handelsbeziehungen von den jetzt obwaltenden Nachtheilen befreit werden können. Preußen und Italien ihrerseits würden jeden Tag bereit und in der Lage sein, den gewünschten Handelsvertrag abzuschließen; dynastische Interessen hindern uns nicht daran, nur die Verfassung des Bollvereins steht uns im Wege.

Der nächste Gegenstand der L.-D. ist der Etat des Ministeriums des Innern pro 1865. Bei Tit. 2 der Einnahmen erinnert Abg. Schmidt (Randow) wiederholt an die Nothwendigkeit einer Reform des Passwesens. Angeblich neuer Handelsverträge müsse auf eine internationale Befestigung der Pässe hingewirkt werden. Die Pässe seien ein Uebel, aber kein nothwendiges.

Bei den Aussägen (Tit. 1, Besoldungen) kam in der Commission zur Sprache, daß seit längerer Zeit zwei Rathäuser, und insbesondere eine, auf dem Augsbergh-Etat stehende erledigt und noch nicht wieder besetzt seien. Es sei daraus zu entnehmen, daß ein Bedürfnis, die Stelle als etatsmäßig zu erhalten, nicht vorliege, und beantragt die Commission deshalb: „2200 R., als Gehalt eines vortragenden Rathes, zu streichen.“

Minister Graf zu Eulenburg: Die Einführung der repräsentativen Verfassung in Preußen hat notgernäht eine außerordentliche Vermehrung der Geschäfte bei den Ministerien herbeigeführt. Beschließende Versammlungen wirken auf die Ministerien controlirend und anregend ein, die Beziehungen zum Landtag haben zur Folge, daß die Ministerien sich jetzt mehr als sonst Mühe geben müssen, gründlich und auch sauber zu arbeiten, da diese Arbeiten jetzt auch in die Öffentlichkeit dringen. Die vortragenden Räthe gehörten nicht in die Kategorie derjenigen Beamten, welche zur Disposition gestellt werden können, und man kann solchen Räthen nicht zu-

muthen, ihr bisheriges Decernat bei einem Systemwechsel zu behalten. 36 bis 37,000 Nummern sind lästig zu kontrolliren, und diese Kontrolle kann unmöglich durch einen Beamten ausgeführt werden. Ich war deshalb genötigt, Se. Majestät zu bitten, zu gestalten, daß ein zweiter Beamter für die Kontrolle angestellt werde, und das Ministerium in zwei Abtheilungen zutheilen. Der Schluss, den die Commission aus der Nichtbesetzung der Stelle gezogen, ist nicht zutreffend. Ich besorge eine Stelle nur dann, wenn ich mich von der Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit eines Beamten überzeugt habe, und diese Überzeugung kann ich nur durch längere Beobachtung derselben erlangen. Die Besetzung der Stelle wird in kurzer Zeit erfolgen, und das Haus wird billig genug sein, diese sachlichen Gründe gelten zu lassen.

Abg. Tweisten. Die eine Rathsstelle ist früher nur als eine provisorische bewilligt word und stand in den Eats als „künftig wegfallend“. Zur Neubesetzung einer solchen Stelle bedarf es nicht blos der Genehmigung Sr. Maj. des Königs, sondern auch der des Abgeordnetenhauses. Es verhält sich mit ihr genau so wie mit einer neuen Stelle, wenn durch Wegfall des bisherigen Inhabers eine solche Stelle erledigt ist. Ihr gegenüber haben wir vollkommen freie Hand einen Beschlus zu fassen. Nun will ich vollkommen zugeben, daß die Arbeiten im Ministerium nicht abgenommen haben, daß die Gründe die Stelle zu besetzen, sachlich vorhanden sind. Wenn sie aber lange vakant war, so glaube ich mit voller Berechtigung diese Behauptung aufrecht erhalten zu können. Die eine Stelle ist vakant, seitdem in Folge der bekannten Denunciation über politische Neuerungen in einem Privatbriefe des Rath. Jacob aus dem Ministerium des Innern entfernt wurde (hört!) und dies ist jetzt beinahe 1½ J. her. Seitdem hat sich der Herr Minister mit Hilfsarbeitern geholfen und kann es auch feiner für die hessischen nicht lange Zeit seiner Regierung. Er beachtet bei Befezung der Stellen hauptsächlich die Zuverlässigkeit der Beamten, d. h. doch wohl das unerschütterliche Vertrauen auf den Prinzipien des Herrn Ministers. Eben deshalb wünschen wir die definitive Wiederbesetzung einer neuen Stelle nicht. Früher war es im Ministerium nicht Sitte einen vortragenden Rath, der doch ein unabsehbarer Beamter ist, mit der Beaufsichtigung und Direction der Presse zu betrauen. Wenn nun der Hr. Minister des Innern einen Rath vorzugsweise mit der Aufsicht oder Überwachung von Artikeln im Sinne der Regierung für Provinzial-Correspondenzen und Amtsblätter beschäftigt, so wird ein Nachfolger von andern Gründen einen solchen Rath nicht beschäftigen können.

Minister des Innern. Ich bin zufrieden, daß der Herr Verredner die sachlich Nothwendigkeit der Stelle anerkannt hat. Natürlich können bei Aufstellung des Eats nur sachliche Gründe vorhanden sein. Was aber den präsidialen Grund anbelangt, daß mir diese Stelle nicht bewilligt werden soll, womit der Wunsch meines baldigen Rücktritts verbunden ist, so bemerke ich, daß je kürzere Zeit ich bleibe, desto länger die Zeit sein wird, in der sich mein Nachfolger in Verlegenheit befinden wird. — Abg. v. H. verdeckt: Auch ich theile den Wunsch, daß das Ministerium nicht lange mehr im Amt bleiben möge. Wenn wir ab diese Stelle jetzt etatsmäßig besetzen, so werden wir dies Idee und ihren Inhaber für sehr lange Zeit nicht los. — Der Antrag der Commission wird mit großer Majorität angenommen. Für die Bewilligung müssen nur die Konservativen und einige Katholiken. — Auch der Antrag 3 der Kommission, 1200 Thlr. für eine neu zu gründende Stelle in der Expedition und 700 Thlr. für eine neu zu gründende Stelle in der Geheimen Kanzlei zu streichen wird obwohl ein Theil der Fortschrittspartei (Waldeck, Tweisten u. A.) gegen denselben stimmt, vom Hause angenommen. Bei den Tit. 5—7 (Statistisches Bureau) und 8, 9 (Metereologisches Institut) hebt der Abg. Schmidt (Randow) hervor, daß die Statistik anderer Länder der preußischen vorangehe. Bei uns hätte nur das Handelsministerium eine solche Abschaffung in Bezug auf die Eisenbahnen. Für das Meteorologische Institut müsse mehr bewilligt werden; dasselbe besteht besonders Vertrauen auch im Auslande.

Ferner beantragt die Commission (zu Tit. 19) 35,000 Thlr. zu Geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei gänzlich zu streichen.

Abg. v. d. Heydt: Ich glaube auch heute die Überzeugung aussprechen zu müssen, daß keine Regierung ohne die geheimen Fonds verwalteten kann und wenn die Commission der Ansicht ist, daß eine verfassungstreue Regierung a. ch ohne solchen Fonds verwalten könnte, so steht dieser Ansicht, die nur auf theoretischem Grunde beruht, die Praxis und Erfahrung überall entgegen. Diese Summe ist keineswegs als ein Vertrauensvotum gefordert, sondern weil sie für die Verwaltung ganz unentbehrlieb ist. Will man sie blos erschaffen verweigern, weil die Krone von ihren Rechten, die Minister zu ernennen, Gebrauch macht, so scheint mir darin nicht eine gewissenhafte Beobachtung der Verfassungsbestimmungen zu liegen. Vielfache Positionen sind abg. seit, deren Nothwendigkeit nicht bestritten ist, blos weil sie von diesem Ministerium gefordert sind. Man nennt ein solches Verfahren häufig einen Staatsstreich von unten. (Heiterkeit.) Mir scheint dies Verfahren nicht eine verfassungstreue Beachtung der Verfassung zu sein, und ich stimme deshalb für die Bewilligung (Bravo rechts).

Abg. Lasker. Ich glaube aus den vorhergehenden Erklärungen des Herrn Ministers entnehmen zu können, daß er dem Lande sagen wird: Seht, das Haus sitzt Stellen ab, die es selbst für nothwendig erachtet. Solche Ausgaben werden ins Land geschleudert, und ich wollte deshalb nur bemerken, daß der Abg. Tweisten ausdrücklich die Nothwendigkeit der Stelle nicht anerkannt, sondern gesagt hat, es existiert noch ein Rath im Ministerium, der mit der Verfassung schlechter Preisezeugnisse beschäftigt und besser für diese Stelle verwendet wird.

Präf. Grabow. Der Abg. hat zu einem früheren Antrage der Commission, nicht aber zu dem vorliegenden gesprochen.

Abg. v. Hennig: Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese geheimen Fonds stets zu den schlechtesten Zwecken verwendet werden und der Abg. v. d. Heydt sollte wissen, daß dem letzten Ministerium, dem er angehört hat — und er hat mehrere angehört (Heiterkeit) — ein besonderes Unglück mit diesen Fonds passirt ist. Ich erinnere an die traurige Geschichte in Posen, an die Geschichte, welche dem preußischen Staat zur Schande gereicht, an die Thatsache mit dem Polizeipräsidenten v. Bärensprung, wo die Polizei Pamphlete anfertigen ließ, die ein unglücklicher Mensch verbreiten mußte und das für zu drei Jahren Buchthaus verurtheilt wurde und sich, wie ich glaube, noch fest im Buchthause befindet; ich erinnere ferner an das traurige Ereigniß mit dem Polenprozeß. Dazu werden diese Gelder verwendet, zu Sironagen, welche Hunderte von Leuten auf 1½ Jahre ins Gefängnis führen und wo der Staatsanwalt nachher nicht im Stande ist, gegen die Hälfte dieser Gefangenen die Auflage aufrecht zu erhalten. Polizei-Spione werden damit bestellt, Subiecte, welche, wenn sie nichts Wahres berichten können, zu Lügen ihre Zuflucht nehmen. Ich erinnere an den Communistenprozeß in Köln, wo der Polizist Stieber fungirte, an den Ladendorff'schen Prozeß und den Polizisten Henze, an Pierstorff etc. Zu solchen Zwecken wollen wir die Gelder nicht bewilligen. — Abg. v. d. Heydt: Ich habe niemals über diese Fonds zu disponieren gehabt, also auch keine Kenntnis von ihrer Verwendung. Vorredner hat übrigens mit seinen Bemerkungen nichts bewiesen. — Minister des Innern: Ich kann nur hinzufügen, daß der Abg. v. Hennig keine Idee von der Verwendung dieser Fonds hat. Er ist also ebenso wenig berechtigt, zu sagen: die Gelder sind zu dem und dem Zweck verwendet, als zu sagen: sie sind zu schlechten Zwecken verwendet. Der Abg. weiß nichts davon.

Abg. v. Hennig: Es ist ganz natürlich, daß ich von der Verwendung dieser Gelder nichts weiß; es sind eben geheime Fonds. (Heiterkeit.) Man erkennt eben die Verwendung an ihren Früchten, wir haben sie im Polenprozeß kennengelernt. Will der Herr Minister den Polenprozeß aus unserer Geschichte streichen? Ich hätte es gern. — Abg. v. Mitschke-Collande: Früher sind die geheimen Fonds einmal gestrichen, auch der Abg. v. Hennig hat für dieselben gestimmt. Gerade eine constitutionelle Regierung braucht sie, um auf die auswärtige Presse zu wirken und um die Schritte der revolutionären Partei in England zu kennen. Die geheimen Fonds müssen bewilligt werden, damit das Budget zu Stande komme, damit das Haus das Urtheil von sich abwende, als wenn die Majorität absichtlich sein Zustandekommen verhindere. Nicht in unserem Interesse, sondern gerade in Ihrem Interesse, sage ich, bewilligen Sie diese Summe. (Heiterkeit.) — Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Wir sind dem Herrn Vorredner eigentlich großen Dank schuldig. Nun wissen wir doch, was dazu gehört, um ein Budget-Gesetz zu Stande zu bringen. Wir brauchen bloß die Kosten der Reorganisation aufzunehmen und hinterher noch die Kleinigkeit der geheimen Fonds. Der hr. Vorredner mag dies wünschen; ob das Land aber es wünscht, das ist eine andere Frage. Der Abg. v. d. Heydt, der früher Minister gewesen ist, erklärt, daß keine Regierung ohne die geheimen Fonds bestehen könne. Mr. v. Hennig behauptet das Gegenteil; freilich ist er nicht Minister gewesen, aber da Mr. v. d. Heydt sagt, daß auch er von der Verwendung der geheimen Fonds nicht weiß, so weiß er also genau so viel, wie Mr. v. Hennig. (Heiterkeit.) — Abg. Dr. Waldeck: Ich sehe in der Bewilligung von geheimen Fonds kein Vertrauens-, sondern ein Misstrauensvotum, denn es könnte scheinen, als ob das Ministerium, dem man solche Fonds bewilligt, so hinsichtlich ist, daß es sich ihrer bedienen müsse, um sich aufrecht zu erhalten. Das Vertrauen, das durch die 35,000 R. bewiesen werden soll, beschränkt sich ja auch nur auf den Minister des Innern. Die übrigen Minister wissen nichts von den geheimen Fonds. Ich habe in meiner Unschuld geglaubt (Heiterkeit), daß über diese Fonds doch wenigstens im Ministerrath beschlossen wird; wenn dieselben aber nicht einmal das Licht des Ministerraths ertragen können, dann muß ich doch sagen, sie taugen in Grund und Boden nichts und müssen ein für allemal gestrichen werden. (Bravo!)

Abg. v. Hennig: Der Abg. v. Mitschke hat meine Worte aus einer früheren Sesslon falsch citirt. Ich habe damals für Ermäßigung der geforderten 80,000 R. auf 40,000 R. gesprochen, weil ein Antrag auf Streichung der ganzen Summe doch nicht angenommen wäre. Ich habe aber ausdrücklich schon damals erklärt, solche Fonds könnten nur zum Unheil führen. Der Abg. v. Mitschke hat damals freilich zu Gunsten der geheimen Fonds angeführt: er habe einen Freund, der wäre kein Preuße, und wenn der an die preußische Grenze käme und den ersten preußischen Schlagbaum sehe, dann siele er anbetend auf die Kette. (Heiterkeit) und sagte: Gott sei Dank, ich bin in Preußen! Ich habe damals diese Anführung in Zweifel gezogen, oder wenigstens an der richtigen Einsicht des Mannes gezweifelt, der dergleichen Anwendungsgelüste hatte. (Heiterkeit) Ich muß nun noch einmal auf den Prozeß gegen Majewski zurückkommen, damit mir nicht das begegne, was kürzlich einem anderen Collegen von mir begegnet ist, daß man einen kleinen Umstand berichtig und die Thatsache umgedeutet und dadurch die Sache so darzustellen sucht, als ob etwas Falsches gesagt worden wäre. (Sehr richtig!) Ich will daher aus den Acten des Polenprozesses Ihnen eine kurze Stelle verlesen, wie die Sache mit dem Majewski sich verhalten hat. Der Rechtsanwalt Elven sagte damals vor dem Gerichtshofe: „Der Gerichtshof hat bei Majewski mildernde Umstände aussgeschlossen und warum? Weil Majewski läugnete, die Proclamation, die man in Posen ergrieffen, verbreitet zu haben. Darauf aufgegriffen war die Proclamation, aber Wer hatte sie ins Land geschleudert? Die Polizeibehörde! Das verschwieg man dem Gerichtshofe. Die Thatsache war ihm nicht bekannt und er konnte es auch nicht wissen, da die Möglichkeit nicht gedacht werden konnte, daß die Polizeibehörde in der Weise versahen hätte, wie es in der Wirklichkeit Seitens derselben geschehen war. Da sah der Gerichtshof in der Reititzen des Mannes ein frivol Läugnen, schloß milde Umstände aus, und der Mann, der im schlimmsten Falle mit einer leichten Gefängnisstrafe fortgelommen wäre, wurde zur entehrenden Buchthausstrafe von 2 Jahren verurtheilt! Das, m. o., ist die Thatsache, das sind die Folgen der geheimen Fonds. Nun stimmen Sie dafür. (Sehr gut!) — Abg. v. d. Heydt: Ich knüpfe meine Behauptungen an die Thatsache, daß in jeder constitutionellen Kammer die geheimen Fonds unweigerlich bewilligt werden; man macht wohl Abseugungen, aber man verzögert sie nicht gänzlich. Der Kammer kann ihre Verwendung natürlich nicht vorgelegt werden, sonst ginge ihr Charakter verloren. — Nachdem der Referent Abg. Kloß dem Abg. v. d. Heydt gegenüber bemerkte, daß ein anderer Minister früher erklärt habe, daß die Verweigerung der geheimen Fonds die Regierung allerdings erschweren könnte,

dass aber der Staat deshalb noch nicht zu Grunde zu gehen brauche, wird der Antrag der Commission mit sehr großer Majorität angenommen. Dagegen stimmen nur die Conservativen und einzelne Mitglieder der katholischen Fraktion.

Zu Tit. 20—25: „Landgendarmerie“ hat die Commission den Antrag gestellt: Das Gehalt von 4 Brigadiers zu streichen und den Überrest der Besoldung der Brigadiers als künftig wegfallend zu bezeichnen. Abg. Dr. Gneist hat das Amendingest gestellt: Eine Neorganisation der Gendarmerie besonders unter Wegfall der überflüssigen Brigadiers im Wege der Gesetzgebung herzuführen. Redner führt aus: Das Haus hat den Wegfall dieser Brigadiers schon 1860 gewünscht, im Etat von 1861 diese Stellen als künftig wegfallend bezeichnet und 1862 eine Stelle im Budget gestrichen. Dieses Budget von 1862 ist aber nicht perfect geworden. Dagegen besteht das Gendarmerie-Edict vom 20. December 1820 in Gelegetshaf, wie es auch durch die Gesammlung publicirt worden ist. Man kann durch das Budgetrecht nicht bestehende Gesetze antasten; sonst könnte man auch die Oberpräsidentenstellen im ersten Jahre als künftig wegfallend bezeichnen und im zweiten streichen, dies System weiter ausdehnen und schließlich den ganzen Verwaltungsbau aus den Fugen bringen. Ein solches Budgetrecht hat nie existirt und kann nicht existiren, da es ein unlösbarer und unheilbarer Widerspruch mit den bestehenden Gesetzen sein würde.

Abg. Dr. Techow: Es handelt sich hier um die Consequenz eines Beschlusses, den das Haus früher gefaßt hat. In der Commission hat der Commissar der Regierung bemerk, daß bereits eine Ordre zur Genehmigung vorliege, durch welche die ganze Organisation geändert werden solle. Wenn das Haus und die Regierung darin einig sind, daß eine neue Organisation geschaffen werden solle, so darf man deren Zustandekommen nicht dadurch erschweren, daß man für die alte Einrichtung immer von Neuem Geld bewilligt. Von diesem Gesichtspunkte aus empfiehlt ich den Antrag der Commission, neben welchem der des Abg. für Mansfeld recht gut bestehen kann. — Es erhebt sich eine längere Debatte, in welcher der Commissar, Rittmeister v. Buddenbrock wiederholt zu Gunsten der Brigadiers das Wort ergreift, die Abg. v. d. Heydt, v. Blankenburg und Stavenhagen sich mit den Ausführungen des Abg. Dr. Gneist über das Budgetrecht einverstanden erklären und die Abg. v. Hoverbeck, v. Kirchmann, Dr. Techow und Waldeck diese Ausführungen bekämpfen. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Commission angenommen.

Bei dem Tit. „Straf-, Besserungs- u. Gefangen-Anstalten“ beantragt die Comm.: „Die Vollstreckung der Buchthausstrafe in der Form der Einzelhaft ist nur gerechtfertigt, wenn sie durch ein Gesetz geregelt wird“. Reg.-Commissar Geh.-R. Gerhard: Die Bedenken des Hauses gegen die Einzelhaft haben sich factisch als ein Irrthum erwiesen. Die Regierung ist der Überzeugung, daß diese Strafart eine leichtere und milde sei. In der Strafanstalt zu Köln befinden sich ca. 170 Straflinge in Einzelhaft. Diesen wird, um durch ein unbefangenes Urtheil von ihnen selbst ihre Meinung über die Einzelhaft zu erfahren, ein Fragebogen vorgelegt, den sie auszufüllen und mit Mundstück zu verschließen haben, und welcher erst nach ihrem Abgang von der Anstalt öffnet wird. In den J. 1862 n. 63 haben von 71 Entlassenen sich nur 3 gegen die Einzelhaft erklärt, 65 aber sich mit Dankestworten zu Gunsten derselben ausgesprochen.

Abg. John (Labiau): Wenn die Regierung zugiebt, daß es der gesetzlichen Regelung für die Einzelhaft bedarf, so folgt daraus, daß sämmtliche Strafesangene in Moabit seit 1857 nicht die Strafe verbüßt haben, die gegen sie erkannt worden ist, sondern eine, die in keinem preußischen Gesetzbuch steht, daß ihnen nichts anderes widerfährt als eine widergesetzliche Einsperrung. Gemeinschaftliche Haft, wie sie § 11 des Straf-G.-B. gestattet, und die Isolirhaft nach dem pennsylvanischen System sind 2 ganz verschiedene Strafarten. Wer das bestreitet, dem fehlt jede Befugniß in der Gefängniswissenschaft mitzureden. Es kann nur die Strafe eintreten, auf welche erkannt ist, keine andere. Die Bevölkerung der Buchhäuser beträgt jährlich 20,000 Köpfe, an Kosten bleiben pro Kopf ungedeckt 161 Thlr., d. h. eine Summe von 3½ Millionen, während ½ der Buchhäuser rückfällig wird. Eine Frage von so ungeheurem Dimension sollte man nicht nebenher in einem Budgetbericht abmachen. Was sollen wir mit dem Moabiter Zellengefängnis anfangen? Nach 9jährigen Experimenten muß man doch endlich zu einem Resultat gelangen. Das System der reinen Einzelhaft gehört zu den überwundenen Standpunkten. Es ist vollkommen überflüssig, daß die Straflinge Marken tragen, daß sie in Schule, Kirche und auf den Spazierhöfen getrennt werden. Die gänzliche Abschließung schädigt nur den Strafling und verschwert seinen Wiedereintritt in die Gesellschaft. Das Isolirsystem in Moabit ist eine Privatklinik des Dr. Wichern. Den einzigen Mann, von dem die Regierung über das neue System Kunde bekommen kann, will sie nicht hören, den Professor Holzendorff — er gehört zur Fortschrittspartei.

Reg.-Commissar Gerhard: Wenn der Herr Vorredner das System der Einzelhaft als einen überwundenen Standpunkt hingestellt hat, so erinnere ich ihn nur an die Thatsache, daß in den letzten Jahren von mehr als 3 oder 4 deutschen Staaten, z. B. in Bayern, Hannover, Frankfurt und Bremen, Einzelhaft-Gefängnisse neu gebaut worden sind, oder noch gebaut werden. Was das neue System betrifft, so hat es so viele Gegner als Anhänger. Abg. John: In England hat man das irische System so lange bekämpft, bis man sich durch Untersuchungen, die das Parlament anstellen ließ, von seiner Vorzüglichkeit überzeugte und es einführte. — Der Commissions-Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Am Schlusse des Berichts behandelt die Commission die Frage wegen der politischen Artikel in den Amtsblättern. Sie legt insbesondere den bereits im Morgenblatte erwähnten Artikel: „Das Abgh. und das Wohl des Landes“ vor. Die Commission enthält sich, in einer Spezial-Kritik des Artikels, der sich den gewöhnlichen Schmähartikel der regierungsfreundlichen Pressegänge ebenbürtig an die Seite stellt, einzugehen. Sie glaubt ihrer Pflicht genügt zu haben, wenn sie denselben unverkürzt zur Kenntnis des Hauses und des Landes bringt, als dauernden Belag, wie die Staats-Regierung bemüht ist, das Abgeordnetenhaus, einen Faktor der Gesetzgebung, durch Schmähungen in den Augen des Landes herabzusuchen, als gewichtiges Beweisstück dafür, daß alle Verschwörungen über die versöhnlichen Bestrebungen der Staats-Regierung eitel und nichtig sind, als glänzendes Zeugnis endlich für das Abgeordnetenhaus selbst, daß man mit Erfolg nur mit Verleumdungen angreifen vermöge. — Abg. Kosch beantragt, daß der Artikel im Hause verlesen werde, damit das Land Kenntnis von ihm erhalten. Die öffentliche Meinung wird dann einen neuen Belag zu dem alten Worte erhalten: „Wer Andern eine Grube gräbt, fällt

sich selbst hinein.“ Abg. v. Hennig: Wir kennen ja alle den Artikel. Es ist wirklich zu langweilig nochmals den Inhalt mit anzuhören, der ja doch an sich ohn. alle Bedeutung ist. Wollen Sie ein Uebriges thun, so lassen Sie den Artikel im stenogr. Bericht bedrucken, aber schonen Sie unsere Zeit und erlassen Sie uns das Aufhören der Vorlesung. Der Antrag des Abg. Kosch wird abgelehnt.

Von den Abg. Gneist und v. Hoverbeck, im Verein mit 62 Abgeordneten, wird folgende Resolution beantragt: „Politische Partei- und Streitschriften gehören nicht zu den Lehrungen und öffentlichen Angelegenheiten, zu deren Aufnahme neben Gesetzen und amtlichen Erlässen der Verwaltungsbehörden die Regierungs-Amtsblätter nach der Verordnung von 1811 § 2 bestimmt sind. Die Benutzung derselben zu diesem Zweck enthält einen um so schwereren Missbrauch, wenn unter Entstellung von Thatsachen ein Streit gegen die Verfassung der verfassungsmäßigen Organe, der Gesetzgebung selbst eröffnet wird. Daher ist es dringend erforderlich, daß die Regierung den Missbrauch der Amtsblätter zur Verbreitung politischer Pamphlete einstellt.“

Abg. Reichenberger: Ich halte mich und das Haus nicht für befugt, ein Verdict darüber abzugeben, ob ein Preßzeugnis eine Verleumdung ist oder nicht. (Unruhe links.) Wenn in dem Artikel wirklich eine Verleumdung enthalten ist, so ist es gewiß nicht zulässig, dieselbe noch weiter zu verbreiten. Die Verfolgung einer Verleumdung muß man den Gerichten überlassen. (Unruhe links.) Ihr Gemütel verräth nur Ihren Standpunkt: man will die Gerichte nicht entscheiden lassen und warum? Weil die Verfassung auf die Gerichte — ich bedaure, den Abg., der das gesagt hat, nicht auf seinem Platz zu sehen — als ein überwundener Standpunkt bezeichnet wird. Ich will nicht in die Details jener Sitzung vom 20. d. M. eingehen; Sie (zur Linken) haben ja jenen Ausspruch über die Gerichte mit Beifall aufgenommen: ich hätte erwartet, daß sich im Hause ein Aufschrei der Entrüstung hätte erheben müssen. (Lauter Widerspruch links.) Ich weiß, Sie sind anderer Ansicht, aber Sie werden mir doch nicht verdenken können, daß ich durch den Staatsdienst abgesetzt war, jener Sitzung beizuwöhnen, daß ich meine Meinung ausspreche. Herr v. Kirchmann hat schon eine ähnliche Auskunft wie der Abg. Westen gehabt, er hat aber wenigstens angenommen, daß die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes bona fide gehindert haben. Jetzt aber wird der Servilismus, zu Deutsch: „Knechtstinn“, als die Richtsnur der Gerichte bezeichnet! (Auf: Zur Sache! Zur Sache!) Ich habe Ihnen ja vorher bemerkt, weshalb ich bei der Sache bin. Ich erörtere eben, warum Sie kein Vertrauen zu den Gerichten haben. Ich berufe mich für das Recht, als Mitglied des Hauses zu sprechen, auf einen Titel, den Sie Alle nicht besitzen, ich gehöre seit 18 Jahren der Landsvertretung an, ich kenne meine Pflicht und belästige Sie wahrlich wenig genug. Um auf die Ausführungen des Abg. Westen zurückzukommen, will ich nur an einen Punkt erinnern, betre die Verantwortlichkeit der Redactoren für den Inhalt der Preßzeugnisse, und daß es s. d. darum handelt, daß dem betr. Redacteur die Verantwortlichkeit für den ihm unbekannten Theil des Blattes zugemutet werden konnte. Nun, es ist Thatsache, daß dieser Standpunkt der Rechtsauffassung in der andern Abtheilung des Strafensatz nicht geheilt wurde, und im Pleinum die Majorität sich dafür erklärte. Wenn es in Preußen dahin gekommen ist, daß man alles Vertrauen auf die Gerichte in generis in Frage stellt, welches Vertrauen kann man zur Bewahrung der Verfassung haben, deren Schutz in letzter Instanz in die Hand der Gerichte gelegt ist, welches Vertrauen verdient dann Art. 86 der Verfassung, der von der Unabhängigkeit der Gerichte spricht. Wenn die Gerichte das Vertrauen nicht verdienen, dann ist die ganze Verfassungs-Urkunde Heucheli und Täufbung. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Wollen Sie das zugeben, nun dann stimmt es die Verfassung nicht die Vertheidigung wirth, welche ihr von Ihnen und gewiß von mir durch alle die Jahre zu Theil geworden ist. In meinen Augen liegt der Bruch nicht vor, sondern hinter uns, ich kenne keinen größeren Bruch, als wenn das Vertrauen zu den Gerichten dahin ist, und kann aus Allem, was ich Ihnen sage, nur die eine Schlussfolgerung ziehen, die Majorität möchte den Wunsch aussprechen, daß, wenn eine Verleumdung in dem Artikel vorhanden ist, die gerichtliche Verfolgung derselben beantragt werden möchte.

Abg. Richter: Ich theile die Entrüstung nicht, welche der qu. Artikel bei vielen hervorgebracht, ich möchte ihn den Ferien-Artikel nennen, er erschien gerade, als wir zum Osterfest nach Hause gingen, er war unser Reisebegleiter. Mich bewegen die zusammenhängenden Artikel des Amtsblattes das Wort zu nehmen, in denen die Staats- und Kirchenbeamten geschmäht werden, die dem Hause angehören und wobei, wie mir meine Familie mittheilt, auch ich mitgenommen werde. Der Herr Minister hat es auf einmal als seine Aufgabe bezeichnet, dahin zu wirken, daß Aufstand in der Presse herrsche, diese Voraussetzung trifft in dem Ideal der lebigen offiziellen Presse wenig zu. Redner citirt verschiedene amtliche Artikel und fragt den Minister, ob die Regierung die Verfassung beobachtet, die Abseugungen im Etat respectirt habe. Solche Verdrehungen seien aller Wahrheit und Gottesfurcht zuwider und dagegen sei das Haus nicht so gleichgültig, als gewisse Blätter behaupten. (Beifall.)

Abg. Becker (gegen die Resolution): Diese Amtsblätter-Publizistik wird zu tragisch genommen. Auf mich hat das Amtsblatt seit Januar nur komisch erheitert gewirkt. Die Regierung wendet sich persönlich an den Peter und fordert seine unmittelbare Kritik über den Inhalt und den Sprechenden selbst herans. (Sehr richtig.) Die Folgen einer so gefährlichen Provocation werden höchst wahrscheinlich noch über dieses Ministerium kommen. Auch wir haben, als unsere Partei sich bildete, in der Presse den Mund arg voll genommen und in den Jahren 1862 und 63 war ich bedenklich. Die Regierung hat damals das Volk zur Kritik unseres Programms nicht kommen lassen und zwar durch den ingenösen Einfall, die Loyalitäts-Deputationen in Scene zu setzen, durch welche die Augen des Volkes so vortrefflich abgezogen wurden. Es hat mich gewundert, daß der Abg. für Maugard heut an diese Deputationen erinnert. Denn nehmen Sie es mir nicht übel, ich führe die Ereignisse in Stettin und Köln auf dieselbe Grundlage zurück, auf der jene Scenen beruhen. (Sehr wahr.) Lassen Sie die Person des Königs dabei aus dem Spiel, so ist die Geschichte an sich nichts, als ein grosser politischer Cancan, den die Ultramontanen vom Rhein und die von Preußen her importierten Neupreußischen Conservativen mit inander getanzt haben. (Große Heiterkeit.) Herr von Blankenburg hat dabei den Aufruhr gebracht, es hätten sich gewisse Leute dabei ins Mauseloch verkrochen. Herr von Kleist - Regow z. B. der die 500 R. zum Denkmal des Königs als Oberpräsident gezeichnet hatte und als Privatmann zu zahlen sich weigerte, der hat sich recht sehr politisch und moralisch ins Mauseloch verkrochen. (Große Heiterkeit.) Ich hörte einen

Mann, der sonst zu sagen pflegte: „er lägt wie eine Zeitung“ in Ostern sagen: „er lägt wie das Amtsblatt“. Das ist der Anfang der Wirkungen dieser Amtsblatt-Publicistik, welche den Glauben an die Autorität der Regierung systematisch untergräbt. Streichen Sie die Amtsblatt-Aussätze heraus, so fehlt da was und das wäre doch bedauerlich. (Heiterkeit.)

Abg. Vahnis für Abg. Möller gegen die Resolution. Letzter bemerkte: Der Herr Minister lägt nicht nur gründlich, sondern auch „sauber“ arbeiten. Eine Probe dieser sauberen Arbeit liegt jetzt dem Hause vor. (Heiterkeit.) Ich bin gegen die Resolution, weil ich ein so schwächliches Mittel gegenüber der Schwere des Missbrauchs nicht für angemessen halte.

Minister des Innern: Ich habe bisher nur Neuheiten über den Inhalt einzelner Artikel gehört, nichts aber zur Begründung des Antrags. Ich glaube, daß die amtlichen Artikel es vermeiden sollen, sich den Anschein zu geben, in einer Weise aufzutreten, welche zu einem staatsgerichtlichen Einschreiten Anlaß geben müßte. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß, wenn die Regierung einen Artikel in das Amtsblatt setzt, das Gesetz der Sitte hier mehr entscheiden muß, als die Furcht vor möglicher Anwendung des Strafgesetzes. (Unruhe.) Wenn die Artikel hin und wieder in solchen Ton verfallen sind, so habe ich für fernere Verhütung dieses Missstandes Sorge getragen und Remedien einzutreten lassen, so daß ich hoffe, dieser Uebelstand wird sich mit der Zeit beseitigen lassen, daß der amtliche Charakter der Artikel zu derartigen Ausschreitungen gemäßigt wird. Dagegen aber, daß die Regierung nicht befugt sei, die Amtsblätter zu dergleichen Erklärungen zu verwenden, dagegen müßt ich protestieren. Wenn in der Verordnung von 1811 gesagt ist, daß die Amtsblätter enthalten sollen unter Nr. III. ganz allgemein die Belehrung der öffentlichen Angelegenheiten, so müssen wir uns diesen Begriff klar machen. Dergleichen Angelegenheiten waren im J. 1811 vielleicht ganz etwas Anderes als heutzutage, und wenn es eine Zeit für Preußen gab, wo Rechtschreiben und Geographie vielleicht zum Gegenstand der Belehrung in den Schulen, den öffentl. Blättern für angemessen erachtet wurden, sind wir jetzt in einem Staat eingetragen, in welchem die ganze Bevölkerung eine bedeutendere Bildung hat und lebhaften Anteil nimmt an dem, was hier im Zentrum des Staates vor sich geht. Ich glaube nicht, daß es aus dem Gesichtspunkte der Volksaufklärung mir gelingen wird, nachzuweisen, daß die Regierung die Pflicht nicht hätte, belehrend einzutwirken. Sie wollen, wenn Sie von der Triebline sprechen, doch nicht blos die Mitglieder dieses Hauses belehren, sondern sie sollen auch das Volk belehren. Die Regierung ist ebenso verpflichtet, wie berechtigt, auch außerhalb dieses Hauses Irrlehren entgegenzutreten. Diesen gegenüber ist die Belehrung viel nötiger als der Unwissenheit gegenüber und für Irrlehren halten wir dasjenige, was Sie hier predigen und auf Grund dessen Sie Ihre Beschlüsse fassen. (Unruhe.) Es steht nichts in den amtlichen Artikeln des Amtsblattes, was sich hier nicht ausdrücken ließe, nichts, was nicht jeder Minister Ihnen ins Gesicht sagen könnte und hundert Male gesagt hat. Warum dies den Charakter der Verlauterung haben soll, vermag ich nicht einzuführen. Eine Kritik über Sitte von dieser Seite des Hauses (zur Linken) zu bekommen, ist mir überraschend gewesen. Ich will Sie jetzt nur fragen, was sind denn öffentliche Angelegenheiten? Das sind heute die mannigfachsten Dinge, aber namentlich diejenigen, welche auf die Stellung der Staatsreg. zur Landesvertrötzung hinauslaufen. Wie viele hundert Male ist in diesem Hause ungerügt gesagt worden, die Minister begeben in diesem oder jenem Punkte einen Verfassungsbruch. Sollen wir diese Neuherzung, die ungestraft durch das ganze Land geht, ruhig passiren lassen und nicht wünschen, wenigstens dem Lande nachzuweisen, daß wir keinen Verfassungsbruch begangen? Wollen Sie und das Recht beschränken, unsern Standpunkt klar zu machen und den Leuten zu sagen: so denken wir und so denken die? Darauf beschränken wir uns. Ich glaube, es wäre ein Selbstmord, wenn wir es nicht thäten, es wäre eine Vernachlässigung der Pflichten gegen die Leute, die es nicht gewohnt sind, politische Gedanken und Erwägungen anzustellen, wenn wir sie nicht auf den Standpunkt versetzen, die in Betracht kommen. Lassen Sie die Blätter über das, was jetzt in Aachen und Köln vorgegangen ist, diesenigen Blätter, die schärfsten der Opposition, welche sagen: gemacht offizielle Kundgebungen, wenn es hoch kommt, vorübergehender Rausch, der nichts zu thun hat mit der Anhängerlichkeit für eine Person, für eine Institution. Man muß in Aachen und Köln gewesen sein, um zu wissen, was heißt, diese selbstwürdigen, jungen und ungetrübten Qualitätssicherungen, die Sr. Majestät dem Könige zu Theil geworden sind. Es fehlte Niemand, Niemand (Widerspruch), vielleicht Dr. Classen-Kappelmann und die Deputirten, die die Städte dort vertreten. Aber dem gegenüber behaupten zu wollen, es sei etwas Gemachtes, oder die Bevölkerung wisse zu unterscheiden, wie Herr Waldeck gesagt hat, zwischen König und Königthum, das verstehe ich nicht. Sollte das Amtsblatt nicht den einfliegenden Herzog erzählen? Und soll es ungestraft durch das Land gehen, wenn behauptet wird, daß 2 Minister hintereinander die Gerichte korrumpten und daß wir einen derartig korrumpten höchsten Gerichtshof haben? Solien wir nicht sagen, das ist tausend und tausendmal falsch. Dergleichen Blätter sagens: Niemand hat den Vorwurf widerlegt. Es ist ein horrender Juristischer Unstans, von den Gerichten zu verlangen, sie sollen den Beweis führen, daß sie nicht korrumpt sind. Wenn Sie mir durch Ihre Resolutionen das Recht absprechen wollen, häufig in der Weise zu verfahren, so weiß ich recht gut, daß früher die Herren allein im Besitze der Presse des Landes waren, jetzt aber bin ich im Besitze der Presse (große Heiterkeit) und aus diesem lasse ich mich nicht verausstreben. Und nun, wenn Sie die Resolutionen annehmen, so sagen Sie damit nichts Anderes, als Sie wollen kämpfen, Sie dürfen hauen und stechen, und wir sollen nicht patiren.

Abg. Immermann gegen die Resolution. Die Leute lächelten über die Publicistik der Amtsblätter. Abg. Gneist: Seit länger als 10 Jahren haben auch wir jenes System aufgenommen, welches die Gerichtshöfe dem Namen nach beibehält, während die Urtheile durch kleine Commissionen gesprochen werden. Es handelt sich dabei nicht um Würde und Ehrenhaftigkeit des gesamten Personals, wohl aber um das Gefühl der Isolierung und Abhängigkeit, in welche der Richter tritt, wo der Justizminister aus mehr als 400 Richtern und 1000 Bürgern kleine Commissionen von 3-4 Mitgliedern an den bestimmten Punkten, auf die es ankommt, zu bilden hat, wo aus mehr als 150 Mitgliedern des Stadtgerichts 3 ausgewählt werden, um das Gericht über die Presse im Milieu des Landes zu bilden. Unser Antrag soll binden, daß die Amtsblätter nicht Depostare politischer Streitigkeiten werden.

Abg. Twesten (persönlich) berichtet seine neuliche Mittheilung, betreffend den Kreisrichter Michaelis, der nicht als Referent, aber als Mitglied des Kollegiums und zwar als ein sehr einflußreiches, an der Entscheidung teilgenommen hat. Die Thatjache selbst bleibt also bestehen. Dem Abg. Reichenberger bemerkte Redner, daß er nur eine Reihe von Thatsachen aufgestellt habe, die den Schlüß recht fertigen, daß preuß. Tribunalgerichte aus politischen Gründen urtheilten. Eine Reihe von Thatsachen thut dar, wie Gerichte von einem Grundsatze zum andern übergegangen sind, ohne daß die Gesetze sich geändert haben, sondern die politischen Zeitschriften. Ich habe mich in der Sitzung vom 20. Mai herber Worte bedient, weil es schwer ist, über ungemäßigte Missbräuche gemäßigt zu sprechen und weil ich sie so besprechen wollte, daß es wirken möge. (Lebh. Beifall.) Daß meine Worte an vielen Orten Born und Entrüstung gegen mich hervorruft würden, konnte ich voraussehen und später aus offiziösen Artikeln und anonymen Buschriften zur Kenntnis nehmen. Ich hoffe aber und bin der festen Überzeugung, daß sich im Lande Born und Entrüstung nicht gegen die wenden wird, welche ich immer Dinge ausgesprochen habe, sondern gegen die, welche schlimmere Dinge thun und verursachen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Jung: Als Bewohner von Köln und Freund eines ihr edelsten Bürgers, des Herrn Claffen-Kappelmann erlauben Sie mir den Berungslimpfungen des Hrn. Ministers entgegenzutreten. Die Metropole der Rheinprovinz sollte im Kampf des Landes um sein Recht unrein werden. Der Hr. Minister war in Köln, wie es aber Leute giebt, die in Rom waren und den Papst nicht sahen, so war er in Köln und hat Alles, nur das Volk nicht gesehen. Man kann allerdings mit offiziellen Mitteln 6 bis 800 Leute zusammen trommeln und mit Bayonetten umgeben, von dem eigentlichen Volke abgeschlossen, man kann den edelsten Kern beim Diner mit den edelsten Weinen des Rheines so begeistern, daß man selbst die Stimmen des Landes zu hören glaubt. Man kann Lampenanzünden, Raketen. Pr. Grabow. Das ist keine persönliche Bemerkung. Abg. Jung: Ich würde als Bewohner der Stadt Köln Berungslimpfungen des Ministers doch zurückweisen müssen. — Minister des Innern: Ich habe die Stadt Köln nicht verunglimpt, sondern im Gegenteil gesagt, daß die Feier dort eine brillante war. Bei der Abstimmung wird die Resolution mit sehr großer Majorität angenommen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 1½ Uhr Nachmittags.
Paris, 27. Mai. Der „Moniteur“ publiziert folgenden Brief des Kaisers an den Prinzen Napoleon: „Monseigneur und sehr lieber Sohn! Ich kann nicht umhin, Ihnen den peinlichen Eindruck auszusprechen, den Ihre in Ajaccio gehaltene Rede hervorgerufen hat. Indem Ich Sie bei der Kaiserin und dem Prinzen als Vicepräsident des Geheimen Rates zurückließ, als Beweis Meiner Freundschaft und Meines Vertrauens, hoffte Ich, daß Ihre Anwesenheit, Ihr Verhalten und Ihre Reden die in unserer Familie herrschende Einheit bezeugen würden. Das von Ihnen der Regierung Napoleons unterstellte politische Programm ist nur geeignet, den Feinden Meiner Regierung zu dienen. Ihren Beurtheilungen, welche ich nicht billigen kann, fügen Sie Hass und Gefühle des Grossen hinzu, die unserer Zeit nicht mehr angehören. Die Ideen des Kaisers auf die Gegenwart anzuwenden, muß man herbe Prüfungen der Machterantwortlichkeit durchgemacht haben. Wir Pyramiden sind unfähig, die große geschickliche Gestalt Napoleons nach ihrem wahren Werthe zu würdigen. Wie vor einer kolossal Bildsäule stehend, sind wir unfähig, die Gesamtgestalt mit einem Blicke zu umfassen, wir sehen immer nur die uns zugewandte Seite, deßhalb die Unzulänglichkeit in der Wiedergabe, deßhalb die Verschiedenheit in der Ausführung. Allen aber ist es klar, daß, um die Anarchie der Geister zu verhindern, Napoleon in der Familie und in der Regierung jene strenge Zucht einführt, welche nur Einen Willen und Eine Handlung zuläßt, was auch für Mein Handeln die Richtschnur bleibt.“

Berlin, 26. Mai. Der Staatsminister a. D. v. Flotow ist gestern Abend hier im 79. Lebensjahr gestorben.

Der General-Adjutant Sr. Maj. des Königs, Frhr. v. Manteuffel, hatte heute im auswärtigen Amt eine längere Besprechung mit dem Minister-Praesidenten.

Frankreich. Paris, 24. Mai. Der Prinz Napoleon ist heute von seinem Corsicanischen Ausfluge nach Paris zurückgekehrt.

Danzig, den 27. Mai.

¶ Auf der Danziger Börse ergab sich gestern, bei starkem Gewitter, ein wollbüchchartiger Regen, der namentlich in der Gegend von Gr. Boekau bedeutenden Schaden angerichtet hat. In Folge dessen hat sich auch hier die Temperatur bedeutend abgesenkt.

Gestern Nachmittag haben die Photographen Herren Gottschall und Sohn eine photographische Aufnahme des jüngst angekommenen Widderschiffes „Teops“ gemacht, und heute Vormittag wurde von ihnen die gesamte Feuerwehr und Schutzmannschaft auf dem Stadtböse photographirt.

Conitz, 25. Mai. (G.) Am vergangenen Sonnabend ist der Eisengießer Hora von hier an Trümmern gestorben. 6 Personen, 2 aus der Stadt und 4 in dem Dorfe Schönfeld liegen noch frank darnieder und bei einzelnen ist das Auskommen zweifelhaft. Die Kranken haben beim Koch in Schönfeld Wurst und Schinken gegessen.

Vorsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Mai 1865. Aufgegeben 2 Uhr 28 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Roggen schwankend,	Ostfr. 3½ Pfandbr.	85	85	
loco	38½	38½	Westpr. 3½ Pfandbr.	84½
Mai	38½	38½	do. 4% do.	94
April Mai	13½	13½	Preuß. Rentenbriefe	97
Spiritus do	14½	14½	Deut. National-Anl.	70½
5% Pr. Anleihe	106	106	Pruss. Banknoten . . .	81
4½% do	102	102	Pr. B. Act. —	115½
Staatsschuldsc.	90½	90½	Deut. Credit-Athen. . .	85½
			Wechsels. London . . .	85½

Hamburg, 26. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco sehr ruhig. Mai-Juni 5400 Pf. netto 96 Bancothaler Br., 95 Od. „Sept.-Oct. 103 Br., 102 Od. Roggen loco ruhig. Mai-Juni 5100 Brund Brutto 85 Br., 84 Od. „Sept.-Oct. 72 Br., 71 Od. Del Mai 28, October 28%—28½%. Kaffee 5200 Sac Santos schwimmend umgesetzt. Bink ruhig.

Amsterdam, 26. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen Coniungeschäft. Roggen auf Ternine 3 Od. niedriger. Raps Oct. 77½%. Rüböl Herbst 42%.

London, 26. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen bei geringem Geschäft 2s niedriger. Fetter 2s niedriger unverändert. Hafer etwas billiger. Frühjahrsgetreide unverändert. — Wetter schön.

London, 26. Mai. Consols 89%. 1% Spanier 40. Sardinier 79. Meridianer 24%. 5% Russen 90%. Neue Russen 90%. Silber 60%—%. Türkische Consols 48%. 6% Ver. St. „1882 67%. — Hamburg 3 Monat 13 7½ 9%. S. Wien 11. Fl. 22. Fr.

Der Dampfer „Bavaria“ ist mit einer Baarfracht von 111,365 Dollars an Contanten aus New-York in Southampton eingetroffen.

Liverpool, 26. Mai. Baumwolle: 8000—10,000 Ballen Umsatz. Wochenumsatz 109,000, zum Export verkauft 32,770, wirklich exportirt 16,509, Consum 60,000, Borrat 495,000 Ballen.

Amerikanische 15%, fair Dollerah 11%, middling fair Dollerah 10, middling Dollerah 8%, Bengal 6%, Domra 11, Scinde 6%.

Paris, 26. Mai. 3% Rente 67, 40. Italienische 5% Rente 65, 97½. 3% Spanier —. 1% Spanier —. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktionen 436, 25. Credit-mob. Aktionen 780, 00. Post. Eisenbahn-Aktionen 515, 00. — Die Speculanen waren ruhiger.

Danzig, den 26. Mai.
np [Wochen-Bericht.] Wir hatten in dieser Woche eine Höhe wie im Monat August. Die Klagen über zu große Ölreise werden allgemein, recht durchgreifender Regen wäre erwünscht. England berichtet über fruchtbare Witterung und große Weizenfuhr, wodurch die Stimmung für Weizen sehr gedrückt und Preise 2s gewichen. An unserer Börse wurden ca. 1500 Lasten Weizen zu weichenden Preisen gehandelt. Wir sind seit vergangener Woche reichlich 10—15% per Last herunter gegangen und gehen einer weiteren Reaktion entgegen, wenn sich die Tendenz in England nicht verbessert. Bezahlt wurde: alt 128%, bunt 128/4, 129/4 hell 128/4, 131/4, hochbunt 128/4, 132/4 feinbunt 128/4; frisch 123/4—132/4 bunt 128/4—385—430, 127/8—129/4 hellfarbig 128/4—412/4, 125—127/4 hellbunt 128/4—415—430, 127/8—129/4 weiß 422/4—440, 132/4 hochbunt 128/4—442/4, „per 5100%. — Für Roggen bestand bis gestern sehr lebhafte Frage, ob wurden circa 1500 Lasten zu steigenden Preisen verkauft. Heute vorherrschend mattre Stimmung, hervorgerufen durch günstigere Berichte von Holland und erwartende Berliner Tendenz. Bezahlt wurde: 121—123%, „per 246—250, 124—127/4 „per 252—261 „per 4910%. Auf Lieferung fehlte Angebot um größere Umsätze zu erzielen. Einige hundert Lasten 122/3, 123 „per Juni-Juli bis „per 260, Juli-August „per 270, September-October „per 275 „per 4910% bezahlt. Heute 122/3 „per Juli-August „per 265 offerirt. Weiße Erbsen nach Qualität „per 330, 335, 342%, grüne Erbsen „per 300, 315, 330 bezahlt. — 106—110, 112% kleine Gerste „per 198, 210, 216, 110, 118—119% große Gerste „per 204, 216, 222. — Die geringe Befuhr von Spiritus wurde zu „per 14%—14% „per 8000% placirt.

Danzig, den 27. Mai. Bahnpreise. Weizen gut bunt, hellbunt, hochbunt, 120/3—125/26—128/29—130/32 „per v. 57½/60—62/65—67/70—72/75 „per; alter 130/2—133 „per von 75—80/81 „per Alles „per 85%. Roggen 120/124—126/129 „per von 40/42—43/44 „per „per 81% „per. Erbsen 56—59 „per. Gerste, kleine 106—110/12 „per von 33—34/35 „per. do. große 110—118/119 „per von 32—35/36 „per. Hafer 30 „per „per 50%.

Spiritus ohne Befuhr.

Getreide-Börse. Wetter: schön bei starkem Westwind. — In Veranlassung der neuerdings entmuthigend laufenden Londoner Depesche von gestern war auch unser Markt für Weizen heute wieder recht flau. Verkauft 330 Lasten mehr als „per 5 billiger gegen gestern abgelassen werden und sind seit acht Tagen unsere Weizenpreise „per 20 und „per 25 niedriger. Bezahlt wurde für 124% bunt „per 360, 126/4 hellfarbig „per 380, 128/4 bunt „per 390, 392%, 127/4 hellfarbig „per 400, 128/4 hellfarbig „per 400, 128/4 feinbunt alt „per 460. Alles „per 85%. — Roggen matt, 123/4, 124/5 „per 252, auf Lieferung Juli-August ist zu „per 260 „per 81% „per gelaufen. — Weiße Erbsen „per 336. — Spiritus wegen mangelnder Befuhr nicht gehandelt.

Schiffsnachrichten. * Die hiesige Bark „Henriette“, Capt. A. F. Lepschinsky, ist gestern wohlbehalten in London angekommen.

* Das hiesige Schiff „Bertranen“, Capt. F. Boldt, ist von Cetina in Riga am 26. d. M. laut Telegramm glücklich angelommen.

* Das hiesige Schiff „Klawitten“, Capt. Fr. N. Möhlsken, ist nach einer Reise von 110 Tagen von Buenos Ayres wegen Mangels an Proviant Sicily Isle am 22. d. M. angeladen und wird dann seine Reise nach Antwerpen forsetzen.

Schiffsslisten.

Neufahrwasser, den 26. Mai 1865. Wind: SO.

Angelommen: Ahrens, Aries, Swinemünde, Anker u. Ketten. — Strachan, Activ, Dysart, Koilen. — Liep, Oliva (SD.), London, Güter

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 28. Mai, kein Gottesdienst.

Heute Abend um 6 Uhr erfolgte die schwere aber glückliche Entbindung meiner lieben Frau Bertha, geb. Malzahn, von einem gesunden Mädchen, was hiermit Freunden und Bekannten statt beson erer Meldung ergebenst anzeigen.

Gr. Grünhof, am 25. Mai 1865

14959 Wüller.

Hie Morgen 8 Uhr entzog uns der Tod unsre liebe Alice, im Alter von 14 Jahren, welches wir tief betrübt Freunden und Bekannten ergebenst anzeigen.

Danzig, den 27. Mai 1865.

J. G. Werner

149751 und Frau.

Licitations-Termin.

Im Auftrage der Interessenten soll das zu dem Nachlass des Rentiers Johann Neimer gehörige, viertelbst in der Vorstadtischen Langgasse belegene, zu mennonitischen Rechten besessene Grundstück:

Marienburg No. 914 des Hypothekenbuchs, bestehend aus Wohngebäude, Garten, Kutschstall, Wagenremise, Schuppen zu Holz und Gartengerath etc., aus freier Hand im Wege der Lication verkauft werden.

Der Unterzeichnete lädt Kaufstüchte zu dem hiermit auf

den 2. Juni cr.

Nachmittags 3 Uhr,

in seinem Bureau anvertrauten Bietungstermine mit dem Bemerkn, dass die Bedingungen im Lemine bekannt gemacht werden sollen, jedoch auf Wunsch auch vorher mitgetheilt werden können.

Marienburg, den 23. Mai 1865.

Pickerin,

[4850] Janitzatz.

Hypothekarische Darlehn

der ersten Preuß. Hypothek-Aktion-Gesellschaft werden vermittelst durch

(4961) Otto Paulsen, Hundegasse 81.

Instituts-Gelder hat zur

Vereitung auf erste Hypotheken oder unter Pfandbriefen, bei niedrigen Grundstücken jedoch nur bei mindestem Wert von 600 Kr., in

größeren Posten in Händen.

E. Lüdemer, Langgasse 29,

Haup't-Agent für die Preuß. Hypotheken-

[4965] Bank.

Gutsverkäufe.

Residanten empfiehlt Güter i der Größe

in den Provinzen Preußen, Pomm. u. Polen

(4965) T. S. Sauer, Langgasse 29.

Eine ländliche Besitzung

von 5 H. 2 M. 158 □ Acre, preuß., mit 45 S. Roggen-, 5 S. Weizen-, 8 M. Rübzen-,

60 S. Sommer- und 30 S. Kartoffel-Auszaat, mit guten zweitklassigen Wiesen und bedeutendem Vorstich, 4 Meile von Pr. Holland, eine Weile von den Bahnhöfen Gützkow und Schobitten, mit guten Gebäuden und pollanischem Leben und lebhaften Innschänken, Hypotheken teil, soll für den bill. Preis von 6000 Kr., bei 2000 Kr. Anzahlung, sofort verkauft werden. Das Näherte beim Commisionair

[4860] Steddecker in Danzig, Nährlergasse 5.

Ritterguts-Verkauf.

G. 8 M. von hier, Nähe der Chaussee. — Schlagwirchheit; ca. 600 Morgen preuß. Acre, 60 M. zweitklassige Flusswiesen, 32 M. Terrassen, 63 M. Laubwald, 16 M. Garten, 20 M. Fisch-eiche Seen; Areal 960 M. preuß., ein Plan g. östlichen Kantiger Lehmbohlen, Mergel, Mutter, Lehm ist vorhanden. Wohn- und Wirtschaftsgebäude neu, 8 Familienwohnungen, — Abgaben 4 Kr. — Schones completes lebendes und wodes Inventar und Saaten, 350 f. Scheafe und dazu die Zämmer (Stammheere), 210 M. Weidekleie. — Ingrosjnt nach Landshafft — Dieses Gut in Familienverhältnisse wegen für da höchst sogen. Preis von 20 Mille, bei 6 Mille Anzahlung zu verkaufen.

Da ich dieses Gut selbst kenne, so ertheile ich Selbstreden spezielle Auskunft,

(4961) Emil Bach, Danzig, Hundegasse 6.

Ein Gasthaus ersten Ran-

ges in Dauzigs Umgegend belegen, wird von einem zahlungsfähigen Manne, ohne Eiamischung eines Dritten, zu kaufen gesucht. Adressen dieserhalb werden in der Expedition dieses Blattes unter S. 4976 erbeten.

Ein fast neues Glashuus, in der Mitte der Stadt gelegen, mit Ladenlokal ca. 900 Kr. Miete bringend, ist für 14.000 Kr. und zwei Grun-stude, in einer Hauptstraße der Altstadt gelegen, mit Ladeneinrichtung ca. 1300 Kr. Miete bringend, sind zusammen für 0.00 Kr., bei möglichster Abzahlung, zu verkaufen. Wieso unter 4977 werden in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Das Widderschiff Cheops

war gestern Nachmittags von uns photographiert und sind Exemplare à 15 Kr. bereits bei uns zu haben.

(4976) Gotheil & Sohn.

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14937

Engl. Matjes-Heringe u.

frische Hühnchen empfiehlt

Carl Janzen, Heiligengeistgasse 124,

früher L. W. Niedball

14938

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14939

Engl. Matjes-Heringe u.

frische Hühnchen empfiehlt

Carl Janzen, Heiligengeistgasse 124,

früher L. W. Niedball

14940

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14941

Engl. Matjes-Heringe u.

frische Hühnchen empfiehlt

Carl Janzen, Heiligengeistgasse 124,

früher L. W. Niedball

14942

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14943

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14944

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14945

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14946

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14947

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14948

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14949

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14950

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14951

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14952

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14953

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14954

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14955

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14956

Englische Schiffsstetten

in allen Dimensionen empfiehlt

Ludwig Flemming,

Janitzatz 44,

früher L. W. Niedball

14

Beilage zu No. 3026 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 27. Mai 1865.

Die Grundsteuer und die Weichsel-Niederungen.

Die Grundsteuer soll von den Eigenschaften nach Verhältnis des Reinertrages aufgebracht werden. Die Niederungsbesitzer glauben, daß eine gleichmäßige Vertheilung nicht stattfinden, daß sie im Verhältnis zu den Besitzern der Höhe überbürdet seien; sie schließen dies aus dem Verhältnis der Grundsteuer-Reinerträge zu den Kauf- und Wertpreisen der Grundstücke. Das im Allgemeinen sich die Kaufpreise nach den wirklichen Reinerträgen reguliren, wird sich nicht bestreiten lassen, auch weist das Grundsteuergesetz in der Anlage B. zu § 23 sub 11 darauf hin, daß die durchschnittlichen Kauf- und Pacht-preise berücksichtigt werden sollen.

Als Grundsteuer-Reinerträge sind ermittelt:

für das kleine Werder durchschnittlich pro Morgen 92 *gr.*

" Elbinger " 76 "

" große " 75 "

" Danziger " ausschließlich des öden und bewaldeten Seestrandes. 60 "

Die Kaufpreise haben in den Jahren 1861 bis 1863 durchschnittlich betragen:

im kleinen Werder incl. Inventarium pro culmische Hufe 7330 *Rs.*, pro Morgen 109 *Rs.*

" Elbinger " do. do. 5500 " 82 "

" großen " do. do. 4800 " 72 "

" Danziger " do. do. 5000 " 75 "

Die Grundsteuer-Reinerträge betragen also von den Kaufpreisen:

im kleinen Werder den 35. Theil,

" Elbinger " 33. "

" großen " 29. "

" Danziger " 37. "

Die Kaufpreise sind mit Ausnahme fürs Danziger Werder einer amtlichen Angabe entnommen. Sie scheinen etwas hoch zu sein, welches sich vielleicht dadurch erklärt, daß der Wechsel in kleineren Grundstücken häufiger, als in größeren ist, und erstere verhältnismäßig höher bezahlt zu werden pflegen. Bei der größeren Gleichmäßigkeit des Niederungsbodens bieten die Kaufpreise einen beachtenswerthen Basis zur Beurtheilung seines Reinertrages. Anders ist dies auf der Höhe. Die Meinungen über den Werth der dortigen Grundstücke geben oft sehr auseinander. In der landwirtschaftlichen Generalversammlung zu Dirschau am 26. April d. J. (Danz. Blg. Nr. 2980) sprach man sich dahin aus, daß die Verkaufswerte der Landgüter bald das 40fache des Grundsteuer-Reinertrages betrügen, bald mit dem 60fachen noch nicht erreicht würden, daß ferner der bessere Boden im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit stärker zur Grundsteuer herangezogen worden sei, als der geringere.

Es würde nicht schwer sein, Beispiele anzuführen und Güter auf der Höhe namentlich zu machen, deren Werthe das Sechsfache des ermittelten Grundsteuer-Reinertrages weit übersteigen, aber der Beweis dafür würde noch nicht einmal für geführt erachtet werden können, wenn selbst die Besitzer solcher Güter es zugäben, daß ihre Grundstücke diesen Werth haben. Größere Beachtung zur Beurtheilung des Werthes der Güter verdienen die neuen landschaftlichen Grundtaxen, welche Bechuß der Beleihung mit Pfandbriefen aufgenommen worden sind. Solche landschaftlichen Taxen sind dem Schreiber dieses aus dem Stargardter Kreise 3 bekannt geworden, welche durchschnittlich das 50fache, aus dem Danziger Kreise 4, die das 39½fache, aus dem Neustädter Kreise 1, die das 73fache, aus dem Barthäuser Kreise 2, die das 53½fache des Grundsteuer-Reinertrages erreichen. Wie sich die heutigen Kaufpreise zu den landschaftlichen Grundtaxen verhalten, läßt sich mit Bestimmtheit nicht aussprechen, bestritten wird es aber wohl nicht werden, daß erstere die letzteren übersteigen, auch findet es vielleicht keinen Widerspruch, wenn angenommen wird, daß die Kaufpreise durchschnittlich 25 Prozent höher, als die landschaftlichen Taxen anzunehmen sind.

Es wird zugegeben werden müssen, daß die Niederungen im Verhältnis der Leistungsfähigkeit stärker zur Grundsteuer herangezogen sind, als die Höhe. In dem erwähnten Bericht der "Danz. Blg." über die Dirschauer Generalversammlung heißt es zwar:

" daß Güter mit geringerem Boden einen höheren Multiplikator, als solche mit besserem Boden, vertragen, weil bei jenen der Gesamt-Reinertrag mehr von dem auf den Boden verwandten, bei der Grundsteuer-Taxation aber nicht in Betracht gelommenen Capitale, als bei dem von Natur ergiebigeren Boden abhängig ist."

Diese Behauptung kann, soweit es die Niederung betrifft, als richtig nicht zugegeben werden. In der Niederung kosten die nothwendigen Bauleichten pro culmische Hufe 2000 *Rs.*, Inventarium und der Betrieb erfordern ein Capital von 1000 *Rs.* Hierin ist also die reichliche Hälfte des heutigen Kaufwertes enthalten und alles, was die Höhe auf die Cultur des Bodens durch Drainage &c. verwenden muß, wird bei Weitem übertroffen durch dasselbe, was die Niederung für den Schutz gegen Überschwemmung und die Mühlens und Gräben auszugeben hat. Ferner ist an derselben Stelle gesagt:

" Die Annahme, daß die Grundstücke in der Niederung gegen die Höhe im Allgemeinen verhältnismäßig zu hoch geschätzt seien, wurde durch die Erläuterung berichtigt, daß in der Niederung fast ausnahmslos jedes Grundstück durchweg gleichmäßigen guten Boden habe, während auf den besten Höhengütern neben gutem, immer auch noch mehr oder weniger geringer Boden, ja bisweilen Unland vorhanden sei, was den Durchschnitt ermäßigen müsse."

Jeder, der die Niederungen kennt, weiß, daß wenigstens das Danziger und Große Werder von solchem gleichmäßig guten Boden weit entfernt sind; wer diese in einem trocknen Sommer durchfährt, wird sich über die vielen Brandstellen im Getreide wundern. Indessen durch so allgemeine Erörterungen kann die Frage nicht gelöst werden. Eine Berichtigung der Ansicht, daß die Niederung stärker als die Höhe zur Grundsteuer herangezogen sei, kann durch den oben angeführten Ausspruch in der Dirschauer Versammlung nur dann als erfolgt betrachtet werden, wenn bewiesen wird, daß die wirklichen Reinerträge zu den ermittelten Grundsteuer-Reinerträgen in gleichem Verhältnisse stehen.

Bei dem Verfahren der Grundsteuer-Einschägung sind zwei Factoren zur Anwendung gekommen. Zuerst ist aller-

Boden nach seinen Culturarten und nach seiner Bonität in verschiedene Klassen vertheilt; der zweite Factor bestimmt, welchen Reinertrag der Morgen jeder Classe liefert — die Classifications-Tarife. Jeder landwirthschaftliche Kreis bildet einen, oder wenn die Verhältnisse dazu auffordern, auch mehrere Classifications-Districte, und für jeden District ist ein eigener Classifications-Tarif aufgestellt.

Die Niederungen beschweren sich nicht gegen unrichtige Veranlagung ihres Bodens in Classen, zu denen er nicht gehört, sondern gegen den zu hohen Tarif, der den Reinertrag der Classen bestimmt. Gegen unrichtige Classen-Veranlagung gestattete das Gesetz zu reklamiren, von diesem Rechte ist in verhältnismäßig wenigen Fällen Gebrauch gemacht, und sind die Reklamationen größtenteils begründet gefunden. Anders verhält es sich mit den Classifications-tarifen, gegen diese gestattet das Gesetz keine Reklamation, sie sind zum Nachtheil der Niederung noch nach dem Schluss des Reklamations-Berfahrens verändert worden, obgleich sie nebst der Classen-Veranlagung die Basis waren, von welcher sich beurtheilen ließ, ob die auferlegte Grundsteuer verhältnismäßig gleich mit derjenigen der Nachbarn wäre. Bei Ermittlung des Reinertrages kam es nicht darauf an, den wirklichen Reinertrag zu finden, sondern nur, daß er verhältnismäßig richtig sei, da der ganze Betrag der im preußischen Staate aufzubringenden Grundsteuer auf 10 Millionen Thaler festgestellt und in verhältnismäßiger Gleichheit zu repartieren war. Durch die nachträgliche Veränderung der Tarife, die freilich leider das Gesetz gestattet, ist das Recht der Reklamation, welches die Besitzer vor irrtümlicher Ueberbürdung schützen sollte, illusorisch gemacht.

Es scheint, daß einerseits der alte Ruf von dem Reichthum der Niederungsbesitzer und von der Fruchtbarkeit ihres Bodens, andererseits Mangel an Kenntniß der speziellen Umstände, welche den Reinertrag der Niederungen schmälern, Veranlassung zu diesem Mißverhältniß gegeben haben. Als solche sind zu bezeichnen:

1) Deichbrüche, die ohne Verjährungen von Zeit zu Zeit vorkommen. In weiteren Kreisen weiß man vielleicht nicht, wie groß die Opfer sind, welche durch dieselben den Niederungen auferlegt werden. Der nicht bedeutende Deichbruch des J. 1854 im Danziger Werder absorbierte zur Wiederherstellung des Deiches den zweijährigen Reinertrag der Eigenschaften, die dazu verpflichtet waren. Diejenigen dadurch inundirten Landstreken, welche im Jahre des Deichbruchs zu keiner Nutzung kommen, also den Brutto-Ertrag verlieren, ihre ganze Wirtschaft Menschen, Vieh und Abgaben mit baaren Geldmitteln bestreiten müssen, haben dazu noch einen dreijährigen Reinertrag nötig. Dazu kommen etwaige Verluste an Gebäuden und Vieh. Der Deichbruch im großen Werder vor 10 Jahren hat zweifelsfrei noch größere Opfer gelöstet. Zu den Deichbrüchen sind nicht bloss diejenigen der Weichsel und Oder zu rechnen, sondern auch die der zahlreichen Binnen-Verwaltungen. Der Bruch des Güttländer Hauptwalls im Danziger Werder im Sommer 1855 vernichtete die ganze Crescenz einer Quadratmeile Landes.

2) Der regelmäßige Beitrag zur Unterhaltung des Weichsel-damnes im Danziger Werder beträgt 10 *gr.* pro Morgen, und wird in den anderen Niederungen nicht geringer sein. Dazu kommen die Kosten der Binnen-Verwaltungen.

3) Die Befreiung des Landes von Regen- und Duellwasser. Dieselbe wird bewirkt durch Dampf- oder Windmühlen, Gräben und Kanäle. Theils sind solche Anstalten vorhanden, theils müssen sie noch angelegt werden, um den immer größer werdenden Aus- und Abgaben, welche auf dem Landbau lasten, genügen zu können. Die Kosten der Anlage einer Dampfschöpfmühle betragen circa 5 *Rs.* pro Morgen, die Bielen davon also 7½ *gr.* der Betrieb und die bauliche Unterhaltung der Dampfmühle wird pro Morgen auf 5 *gr.* anzunehmen sein. Wegen der niedrigen und ebenen Lage des Landes sind in der Niederung so viele Gräben nötig, daß auf jedem Morgen durchschnittlich 12 Gräben sich befinden, deren Unterhaltung jährlich auf 10 *gr.* einzunehmen ist.

4) Die Wege-Servitute und der Mangel an Chausseen sind als sehr wesentliche Hindernisse der Cultur zu berüchten.

5) Die sehr zerstückelte Lage des Grund und Bodens. Die Wirtschaftsgesstände befinden sich in großen Dörfern vereinigt, das zu jedem Hofe gehörige Land liegt in mehreren Stücken oft über eine halbe Meile vom Dorfe nach allen Himmelsrichtungen. Dadurch wird der Wirtschaftsbetrieb erschwert, die Kosten so vergrößert, daß die Einführung besserer Wirtschaftsmethoden unmöglich wird. Dies trägt viel dazu bei, daß die Niederungswirtschaften seit Anfang des Jahrhunderts keine Fortschritte gemacht, nur in reizvoller Art geführt werden.

Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß die Niederungen im Verhältniß ihrer Erträge stärker zur Grundsteuer herangezogen worden sind, als die Höhe, so erhöht sich doch leider kaum eine Aussicht auf Abhilfe dieser Mißverhältnisse. Nur werden die vorlängigen Besitzer dahin zu streben haben, daß die Grundsteuer nicht zu einem Maßstabe erhoben werde, nach welchem auch Kreis- und andere Steuern aufzubringen sind; dies könnte namentlich bei Kriegs-Leistungen sehr empfindlich werden. Es ist aber zu befürchten, daß ihr Widerspruch auch dagegen vergeblich sein werde. Die Grundsteuer ist eine zu bequeme Schraube.

Während es nicht bestritten werden kann, daß die Landwirtschaft auf der Höhe seit einem Menschenalter ans Unwiderstehliche Grenze Fortschritte gemacht hat, sind solche in den Niederungen fast keine zu erkennen. Es ist nichts Seltenes, daß auf Mittelboden der Höhe größere Ernten erzielt werden, als auf reichem Niederungsboden. Möge dahin gestrebt werden, daß die Hindernisse beseitigt werden, die unter Nr. 4 und 5 aufgeführt sind; das wird dazu beitragen, daß die Niederungen dem Verkehr und dem Fortschritt erhöht werden.

Berlin. Das K. Haupt-Bankdirektorium macht bekannt, daß neuerdings Nachbildung der auf der Rückseite mit einem Überdruck versehenen Banknoten a 10 *Rs.* wieder häufiger zum Vorschein gekommen sind, und es daher dringend notwendig ist, dieselben vor der Annahme genau zu prüfen oder sich doch den Einzahler jedesmal zu notiren.

Straßburg (in Böhmen). 24. Mai. Heute ist hier ein großes Feuer ausgebrochen. 50 Häuser sind völlig abgebrannt, dar-

unter das öffentliche Vergnügungs-Gebäude „Pantheon.“ Der Schaden sehr bedentend.

England. [Garibaldi über die amerikanische Frage.] An den Herausgeber des Londoner Wochenblattes "Public opinion" schreibt Garibaldi: "Ich bin von Anfang an der Ansicht gewesen, daß die amerikanische Frage die Menschheit und die ganze Welt angehe, und es verursachte mir Kummer, zu sehen, daß ein Teil des englischen Publikums der Wiederherstellung der Einheit in der großen Republik feindlich gesinnt war; eine Folge des Grossen, welcher zwischen England und Amerika obwaltet. Es war traurig, daß der gesunde Sinn des Volks, welches zuerst das Prinzip der Emancipation der Slaven aufstellte, sich nicht in Beifall für die Nordamerikaner äußerte, welche sich als die Werkzeuge der Vorlesung zur Ausführung jener erbauenden Idee erwiesen. Mögen denn diese Herren der See nun in Eintracht verbleiben zum Wohle der unterdrückten Menschheit. Söhne derselben Mutter, mögen sie sehen, daß ihr edler Stamm heutzutage das Volkwerk ist für die Rechte der Nationen, und daß der Despotismus den Hader zwischen ihnen nährt, weil er fürchtet und weil er weiß, daß, wenn sie auf freundschaftlichem Fuße stehen, es ihm unmöglich ist, seine der Freiheit aller Orten vererblichen Plane ins Werk zu setzen. Ihr z. Garibaldi. Copenha, im Mai 1865."

Frankreich. Paris, 24. Mai. Seit die Kaiserin Regentin der Franzosen, herrscht eine ängstliche Grenzperiode gegen die Ideen, welche von außen kommen und den Seelenfrieden der guten Pariser etwa stören könnten. In den letzten Wochen waren die Beschlagnahmen so unbegreiflich, daß die "Indépendance", die dreimal hintereinander saßt wurde, ohne daß sie den Grund zu finden vermöte — Gründe giebt die französische Inquisition nie an — sich zu einem Experiment entschloß. Sie redigierte eigens eine Ausgabe für die Regentin Frankreich, die sie der strengsten Selbstzensur unterwarf. Sie wußte aus Erfahrung, daß bloße trockene Nachrichten über Herzens-Angelegenheiten der Regentin schon hinreichen, um ein Blatt mit dem Banne zu belegen, und sie hatte daher aus dieser selbstdienstlichen Nummer, in der sie ein speziell auf Frankreich berechnetes Feuilleton brachte, alle und jede Nachricht über Mexiko gestrichen, und das Blatt saß "so blau, so matt, so unschuldig wie möglich aus". Vergleichbar beginnen! „Hela!“ sagt das belgische Blatt, "es war nicht genug; auch diese harmlose Nummer enthielt, so scheint es, doch noch schwere Gefahren für Frankreich. Warum? das wissen wir freilich nicht; die Lachsaugen der Centur fehlen uns, und so wurden wir denn auch gestern, wie am Sonnabend, wie am Freitag, wie am ... Doch die Liste würde zu lang werden." „Darf in dem Moment z. B.“ fügt die "Indépendance" hinzu, „wo Alter Augen auf Mexiko oder auf die corsische Rede gerichtet sind, die auswärtige Presse, um Eintritt in Frankreich zu erlangen, bloß Artikel über die Austrocknung der pontinischen Sümpfe oder über die Möglichkeit der Entdeckung einer Passage zum Nordpol schreiben? Wenn nicht anders ist, so sage man es wenigstens, damit die auswärtige Presse weiß, woran sie ist; wir unsererseits werden schnell einen Entschluß fassen.“ Dem Prinzen Napoleon geht es freilich nicht besser. Die Regentin hat ihm nicht bloß den "Moniteur" und die halboffizielle Presse verschlossen, sondern an Stellen, wie in Wien, sogar ausdrücklich durch ihren Gesandten erklären lassen, was sie von dieser Rede denkt.

— (R. 8.) Der Prinz Napoleon ist wieder in Paris. Er soll die Absicht haben, seine Alacoo-Rede in hunderttausend Exemplaren drucken zu lassen. Sie wird seit gestern schon zu 1 *Fr.* verkauft. — In St. Nazaire werden jetzt für Rechnung Preußens vier gepanzerte Fregatten gebaut werden. (?) Sie sollen 30 Mill. kosten.

— Die "France" bringt einen Leitartikel, worin sie „unter den jüngsten Verhältnissen“ willstet, daß „statt der Unsicherheit, welche stets die Frucht des Schweigens ist, das Land sich in dem Gefühl der Sicherheit, welche stets die Folge freier und loyaler Erörterungen ist, beruhigen könnte.“ Frankreich. Paris, 17. Mai. Die Arbeiterbewegung manifestiert sich in zwei Formen: Coalition und industrielle und finanzielle Association. Als Zweck wird angegeben: materielle Befreiung. Die Bewegung gründet sich jetzt auch ein ihr ausschließlich eigentümliches Journal, welches obigem Zwecke als Organ dienen und den zweiten zw. d. intellectuelle Emancipation, befördern soll. Es versteht sich von selbst, daß das Journal unpolitisch ist; denn eine ministerielle Concession wäre nicht zu erlangen. Als literarisches und wissenschaftliches Blatt wird die "Arbeiter-Tribune" täglich erscheinen, die Nummer zu 10 Cent. Sie haben sich auch die Studenten der Reihe nach mehrere unpolitische Blätter gegründet, die stets mit Prozessen, Einsperrungen und mit den Propos de Labiéneus endigten. Die Unternehmer der "Arbeiter-Tribune" sind ausschließlich Arbeiter, ebenso die Redacteure und Mitarbeiter. Gegründet wird das Blatt durch eine Commandit-Handelsgesellschaft mit Einlagen von 5 Tres. bis 100 Tres. Der Chef-Redacteur und Gerant ist ein Buchdrucker, das Redactionslocal im Laden eines Buchbinders. Das Reinertrags der Unternehmung wird in 3 Theile getheilt: ein Drittel für die Actionnaire, das zweite für die Honorare nach der Zeile, das dritte für die Redacteure und Mitarbeiter, welche von den Abonnierten als besonders preiswürdig bezeichnet werden.

Danzig, 27. Mai.
* Der stellvertretende Landrat, Dr. Regier-Assessor v. Treyden, empfiehlt den Gemeinden, um der briesischen Verlehr in den Dörfern des Kreises zu erleichtern, Brieftaschen mit Tagesplatten, welche täglich gewechselt werden, sich anzuschaffen. Dieselben bieten der Postbehörde ein Controlmittel, daß die Landbriefträger den Ort besucht haben und nötigenfalls diese letzteren, die Dörfer, regelmäßig zu besuchen, in denen Brieftaschen aufgestellt sind. Die Kgl. Ober-Postdirektion hat auch ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, unter Umständen die Dienstbriefe und andere amtliche Zusendungen unentgeltlich zu befördern, wenn eine solche Bezahlung als Aequivalent für den auf Gemeindelosten angelegten Apparat (der ungefähr 4 bis 5 *Rs.* kostet) und dessen Beaufsichtigung beansprucht wird.

* [Stenographisches Kränzchen.] In der Generalversammlung des stenographischen Kränzchens, Montag den 22. Mai, wurde auf Veranlassung des Vorstandes des böhmisches Stenographenbundes die Wahl des von diesem Bunde zum Vertreter-Ausschüsse zu sendenden Vertreters und dessen Stellvertreters vorge-

